

# Antrag L 01: Wirtschaftswende jetzt!

Laufende Nummer: 306

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

1 Deutschland steckt in einer tiefgreifenden systemischen Krise: Inflation, steigende  
2 Sozial- und Energiekosten, überbordende Bürokratie und das Wegbrechen von Fachkräften  
3 durch den fortschreitenden demografischen Wandel schwächen die Wirtschaft und  
4 gefährden sowohl die Produktionskraft als auch die Wettbewerbsfähigkeit.

5 Insbesondere der Mittelstand leidet unter den verschlechterten wirtschaftlichen  
6 Standortbedingungen in Deutschland und Baden-Württemberg, die nicht mehr mit anderen  
7 Wirtschaftsräumen mithalten können. Die Wirtschaft steht an einem Scheideweg: Nach  
8 einem Jahrzehnt des Aufschwungs treten die Bruchstellen unseres bisherigen  
9 Wirtschaftsmodells, die lange Zeit durch eine rasante Abfolge von Krisen überdeckt  
10 wurden, nun immer deutlicher zutage.

11 Ein „Weiter so“ wird es daher mit den Freien Demokraten Baden-Württemberg nicht  
12 geben.

## 13 **Bürokratieabbau mit der Kettensäge**

### 14 **Bürokratie konsequent reduzieren**

15 Die Bürokratie in allen Bereichen lähmt die Wirtschaft und frustriert die Menschen.  
16 Wir fordern:

- 17 • Konsequent für jede neue Bundes- oder Landesregelung zwei bestehende  
18 abzuschaffen. Das gilt sowohl für neue Gesetze als auch für Vollzugs-, Kontroll-  
19 Statistikanforderungen.
- 20 • Sofern die Abschaffung bestehender Regeln nicht möglich ist, sind entsprechende  
21 Bundes- oder Landesregelung mit einem Ablaufdatum zu versehen, zu dem sich das  
22 Parlament erneut mit der Bundes- oder Landesregelung zu befassen hat
- 23 • Konsequent für jede neue Bundes- oder Landesregelung zwei bestehende  
24 abzuschaffen (sogenannte One in, two out-Regel). Das gilt sowohl für neue  
25 Gesetze als auch für Vollzugs-, Kontroll- Statistikanforderungen.
- 26 • Zusätzlich im Grundgesetz eine Bürokratiebremse analog zur Schuldenbremse zu  
27 verankern. Die „One in, two out-Regel“ sollte verfassungsrechtlich abgesichert  
28 werden und bei der Berechnung des Erfüllungsaufwands auch europäische  
29 Gesetzgebung erfassen. Dies würde alle politischen Parteien dazu zwingen,  
30 Ankündigungen auch konkrete Taten folgen zu lassen.
- 31 • Regulierung systematisch mit einer sog. „Sunset-Klausel“, also einem  
32 Ablaufdatum, zu versehen. Regeln, die sich nicht bewährt haben, müssen  
33 entfallen.
- 34 • Den Verzicht auf jede Form des sog. „gold-plating“. Europäische Regeln sollen  
35 grundsätzlich nur 1:1 umgesetzt werden, das vorgeschriebene Minimum ist  
36 ausreichend und darf nicht durch nationale oder baden-württembergerspezifische  
37 Regeln verschärft werden. Solches gold-plating widerspricht darüber hinaus dem

- 38 Ziel der Harmonisierung im europäischen Binnenmarkt.
- 39 • Vollständige Abschaffung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes und der EU-  
40 Lieferkettenrichtlinie
- 41 • Stopp des Tariftreuegesetzes, des Entgelttransparenzgesetzes, des  
42 Beschäftigtendatengesetzes und der arbeitgeberfinanzierten Familienstartzeit.
- 43 • Stopp des Tariftreuegesetzes, des Entgelttransparenzgesetzes, des  
44 Beschäftigtendatenschutzgesetzes und der arbeitgeberfinanzierten  
45 Familienstartzeit.
- 46 • Sofortiger Wegfall der „Bonpflicht“ (Belegausgabepflicht)
- 47 • Stopp des Entgelttransparenzgesetzes, des Beschäftigtendatengesetzes und des  
48 Tariftreuegesetzes.
- 49 • Einführung eines Streikgesetzes, das verlässliche Prinzipien für Streiks  
50 nachvollziehbar für alle Beteiligten regelt.
- 51 • Die Einführung der Familienstartzeit, ohne Belastung der Arbeitgeber.

## 52 **Baden-Württemberg im Fokus**

53 Doppelstrukturen prägen bislang das Handeln der aktuellen Landesregierung in Sachen  
54 Bürokratieabbau. Neben dem Normenkontrollrat hat Baden-Württemberg eine  
55 Entlastungsallianz eingeführt. Statt Doppelstrukturen müssen beide Instanzen zu einer  
56 einzigen, dafür aber wirksamen Institution zusammengeführt werden.

57 Tariftreue- und branchenspezifische Mindestlohngesetze sind sowohl auf Bundes- als  
58 auch Landesebene völlig aus der Zeit gefallen, wenn es parallel einen bundesweit  
59 geltenden Mindestlohn gibt. Auch ein Bildungszeitgesetz braucht es in Zeiten des  
60 Fachkräftemangels nicht, denn jedes Unternehmen muss ein inhärentes Interesse daran  
61 haben, seine Mitarbeiter fach- und sachgerecht weiterzubilden. Demgegenüber stehen  
62 fachfremde Vergabekriterien, die eine Reform des Vergaberechts auf Landesebene  
63 dringend notwendig machen. Auch auf eine Reform der Landesbauordnung, die nicht nur  
64 den Wohnungsbau wieder voranbringt, sondern auch der Baubranche hilft, wartet man in  
65 Baden-Württemberg weiterhin vergeblich. Es wird immer deutlicher: Echte Reformen auf  
66 diesen Gebieten sind nur in einer Regierung mit den Freien Demokraten möglich.

## 67 **Digitalisierung – Der Schlüssel für eine effiziente Wirtschaft**

68 Wir fordern eine konsequente Digitalisierung, die Prozesse vereinfacht, Bürokratie  
69 abbaut und Unternehmen sowie Bürger entlastet:

- 70 • **Digital statt Papier:** Die Kommunikation zwischen Staat und Unternehmen soll  
71 vollständig digital erfolgen. Papier gehört der Vergangenheit an.
- 72 • **Digitale Unternehmensgründung:** Nach dem Vorbild Estlands muss die Gründung von  
73 Unternehmen vollständig digital und binnen Minuten möglich sein.
- 74 • **One-Stop-Shops für Unternehmen:** Der gesamte Informationsaustausch zwischen  
75 Unternehmen und Behörden soll über zentrale digitale Portale erfolgen, ähnlich  
76 der BundID für Bürger.

77 Mit diesen Maßnahmen stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, fördern  
78 Innovationen und schaffen eine moderne, zukunftsfähige Wirtschaft.

79

### **Leistungsbereitschaft steigern und gemeinsam profitieren**

80 Die Menschen in Baden-Württemberg sind leistungsbereit. Neben der Bürokratie lähmen  
81 starre Arbeitszeitregeln, die kalte Progression und ein überbordender Sozialstaat  
82 jedoch den Einsatzwillen der Menschen.

83 Damit sich Leistung wieder lohnt und staatliche Leistungsanreize gesetzt werden,  
84 fordern wir daher

- 85 • Mehr Netto vom Brutto durch eine spürbare Anhebung des Grundfreibetrags, den  
86 vollständigen Wegfall des Solidaritätszuschlags, Steuerfreiheit für Mehrarbeit  
87 Vollzeitbeschäftigter und steuervergünstigte Prämienmodelle für die Ausweitung  
88 der Arbeitszeit hin zu Vollzeitarbeit.
- 89 • Einen Einkommensteuertarif auf Rädern, welcher Steuererhöhungen durch die kalte  
90 Progression vollständig und automatisch verhindert.
- 91 • Mehr Netto vom Brutto durch einen Einkommensteuertarif auf Rädern, welcher die  
92 Inflation ausgleicht, Steuerfreiheit für Mehrarbeit und steuervergünstigte  
93 Prämienmodelle für die Ausweitung der Arbeitszeit hin zu Vollzeitarbeit und den  
94 vollständigen Wegfall des Solidaritätszuschlags.
- 95 • Um die leistungstragende Mitte der Arbeitnehmer gezielt zu entlasten, müssen  
96 weitere Anstiege der Sozialversicherungsbeiträge verhindert und diese  
97 mittelfristig gesenkt werden. Der Staat muss hierfür die vollen Kosten für  
98 Leistungsbezieher übernehmen, statt diese durch Beitragszahler  
99 querzufinanzieren. Gleichzeitig sind eine umfassende Digitalisierung,  
100 Entbürokratisierung und langfristige Reformen der Sozialversicherungen  
101 notwendig, um deren Zukunftsfähigkeit zu sichern.
- 102 • Die tägliche Höchstarbeit soll durch eine flexiblere Wochenarbeitszeit ersetzt  
103 werden. Starre Ruhezeitregeln sollen flexibilisiert werden.
- 104 • Arbeit im Rentenalter soll zu mehr Nettolohn führen – zum Beispiel durch  
105 Auszahlung der Arbeitgeberbeiträge für die Rentenversicherung. Wir vertreten  
106 eine anreizbasierte Politik: Wer im Alter freiwillig weiter arbeiten will, für  
107 den muss es sich direkt lohnen. Um negative Effekte abzumildern und positive  
108 Anreize zu setzen, mit den eigenen Erfahrungen weiterhin dem Arbeitsmarkt zur  
109 Verfügung zu stehen, wollen wir für Rentner und Pensionäre ab  
110 Renteneintrittsalter ermöglichen, zeitgleich zur Rente bei vollem Rentenbezug  
111 weiter zu arbeiten.
- 112 • Das Bürgergeld muss überarbeitet werden, schon jetzt fordern wir eine Nullrunde  
113 für das Jahr 2025.
- 114 • Wer arbeiten kann, muss zumutbare Arbeit annehmen. Was als „zumutbar“ gilt, muss  
115 überarbeitet werden und darf nicht mehr nur aus der Sicht der Verpflichteten  
116 betrachtet werden, sondern mehr aus der Sicht derer, welche die  
117 Transferleistungen durch ihre Arbeit erwirtschaften. Es ist schwer zu erklären,  
118 dass Arbeit, die von einer Person ausgeübt wird, für eine andere als  
119 „unzumutbar“ gilt.

### **120 Europäisches Tempo statt Alleingänge in der Energiepolitik**

121 Die Klimapolitik zur Eindämmung des Klimawandels muss zwar ein Leitfaden sein,  
122 nationale Alleingänge Deutschlands sind jedoch fehl am Platz. Selbiges gilt für  
123 unnötige klimapolitische Regulierungen und Subventionen. Mit dem europäischen  
124 Emissionshandel besteht bereits ein effektives und zielgerichtetes Leitinstrument,  
125 das gestärkt werden muss.

126 Die Freien Demokraten fordern daher

127 • Die nationalen Alleingänge in der Klimapolitik zu beenden, da sie im Kontext des  
128 europäischen Emissionshandel nicht effektiv wirken, gleichzeitig aber die Bürger  
129 und die Wirtschaft über Gebühr belasten.

130 Insbesondere das nationale Klimaziel 2045 auf das europäische Ziel 2050  
131 anzupassen.

132 • Die nationalen Alleingänge in der Klimapolitik zu beenden, insbesondere das  
133 nationale Klimaziel 2045 sowie das Landes Klimaziel 2040 auf das europäische Ziel  
134 2050 anzupassen.

135 • Nach der Verteuerung von Gas Kohlekraftwerke wieder verstärkt als  
136 Übergangsenergieerträge im nationalen und baden-württembergischen Energiemix zu  
137 berücksichtigen. Sofern notwendig, kann die Verwendung von CCS (Carbon Capture  
138 and Storage) Auswirkungen auf den CO2 Ausstoß in Grenzen gehalten werden.

139 • Gleichzeitig ist die Entwicklung von wirtschaftlichen Energiespeichern  
140 voranzutreiben, da diese Speicher regenerative Energieüberschüsse aufnehmen, und  
141 Energieschwankungen im Netz ohne die Zunahme fossiler Kraftwerke ausgleichen.  
142 Dies soll die Kosten des Netzbetriebes und damit die Netzentgelte für Bürger und  
143 Industrie senken.

144

145 • Die staatliche Limitierung der Energieerzeugung auf die Internalisierung  
146 externer Kosten und den europäischen Reduktionspfad für den Ausstoß von  
147 Treibhausgasen zu beschränken. Dies betrifft insbesondere die Verbote zur  
148 Energieerzeugung mittels Kohle- und Kernkraft.

149 • Internationale Rohstoffvereinbarungen unter Berücksichtigung des Ausbaus einer  
150 Wasserstoffwirtschaft und Derivaten aus Wasserstoff (klimaneutrale Kraftstoffe).

151 • Neue Energieumwandlungsformen wie die Kernfusion als Option für die Zukunft zu  
152 fördern, indem wir sie in der Regulierung aus dem Atomrecht entlassen und einen  
153 eigenen innovationsfreundlichen Rechtsrahmen schaffen.

154 • Dass heimische Ressourcen ihren Teil zu einer unabhängigeren Energieversorgung  
155 und damit Preisstabilität bei den Energiepreisen beitragen, indem wir  
156 bürokratische Hürden abbauen, die den Ausbau von Netzen, Speichern und  
157 regenerativen Energien erschweren und das Wasserhaushaltsgesetz so zu ändern,  
158 dass die Erschließung von Schiefergasvorkommen ermöglicht wird.

159

160 • Die EEG-Förderung für künftige Projekte zu beenden.

161 **Wirtschaft entfesseln statt staatlich lenken**

162 Damit unsere Unternehmen im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben,

163 bedarf es jedoch weitere Entlastungen, die über einen reinen Abbau von Bürokratie und  
164 Vorgaben hinausgehen. Technologieoffenheit ermöglicht den Unternehmen, Innovationen  
165 zu entwickeln und sich dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb zu stellen. So kann  
166 erfolgreiche Ressourcenschonung mit innovationsstarkem Wirtschaften in Einklang  
167 gebracht werden. Dazu benötigt es jedoch auch Rahmenbedingungen, die in Deutschland  
168 investieren lassen.

169 Die FDP wird

- 170 • Unternehmenssteuern auf eine effektive Belastung von 25% deckeln.
- 171 • Eine Überarbeitung des Steuerrechts mit dem Ziel einer vereinfachten  
172 Unternehmenssteuer, auch im Hinblick auf eine Angleichung der Regeln mit der  
173 Gewerbesteuer umsetzen.
- 174 • Die degressive Abschreibung bis 2029 und Gruppenabschreibungen für Anschaffungen  
175 unter € 5.000 fortsetzen.
- 176 • Technologieoffenheit auch in der Mobilität realisieren – kein Verbrenner-Aus in  
177 Europa!
- 178 • Technologieoffenheit auch in der Mobilität realisieren – Flottengrenzwerte und  
179 damit das Verbrenner-Aus in Europa abschaffen!
- 180 • Das deutsche Energieeffizienzgesetz (EnEFG) auf die Mindestanforderungen aus der  
181 europäischen Energieeffizienzrichtlinie (EED) reduzieren und auf europäischer  
182 Ebene auf die komplette Abschaffung hinwirken.

### 183 **Die Krise als Chance für Deutschland**

184 Uns Freien Demokraten Baden-Württemberg ist bewusst, dass eine Reformagenda nie  
185 abschließend sein kann. Der Weg zu echten Reformen ist auch nicht leicht, nicht ohne  
186 Herausforderungen und nie ohne Widerstand. Und dennoch glauben wir fest daran, dass  
187 Deutschland gerade in der Krise die Kraft hat, Reformen anzupacken und durchzuführen:  
188 Damit die Zukunft unserer Wirtschaft und die Aufstiegs- und Lebenschancen unserer  
189 Kinder gesichert werden.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.